



Wie geht's weiter in der Ochsenau?

Nichts als Wiese, so weit das Auge reicht: die Ochsenau im derzeitigen Zustand.

Foto: Almut Kroehling

Hier Bürgerbegehren, da „Einheimischenmodell“. In Sachen Ochsenau hat sich der Stadtrat entschieden – aber wie geht es jetzt weiter?

Von Uli Karg

Vor Pfingsten hat sich der Stadtrat festgelegt: Die Ochsenau soll (unter Verzicht auf eine zweijährige Untersuchung auf seltene Tier- und Pflanzenarten) zeitnah bebaut werden. Wie es jetzt weitergeht? Die AZ hat bei Johannes Doll, Chef des Baureferats, nachgefragt. Der äußert sich zurückhaltend: „Vorbehaltlich eines Bürgerentscheids über die Ochsenau sehen unsere Planungen fürs Erste so aus, dass wir ein Programm für einen Wettbewerb des städtebaulichen Konzepts Ochsenau erstellen werden.“

Doll nimmt hierbei Bezug auf Pläne der Bürgerinitiative (BI) „Schützt die Ochsenau bei Auloh“, die ein Bürgerbegehren in die Wege leiten möchte, um eine vertiefte Untersuchung der Arten zu erreichen (wir berichteten). Heute findet ein Treffen der Bürgerinitiative statt, um in

diesem Zusammenhang letzte Details zu klären.

In den kommenden vier Wochen, so BI-Sprecher Benjamin Zarembo auf AZ-Anfrage, sollen dann in Landshut Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt werden. Mehr als 3000 sind nötig, um einen Antrag auf einen Bürgerentscheid zu stellen.

Städtebaulicher Wettbewerb bis Ende des Jahres

Sollte das Bürgerbegehren erfolglos verlaufen, darf sich der Stadtrat mit dem bereits erwähnten Programm der Verwaltung hinsichtlich eines städtebaulichen Wettbewerbs auseinandersetzen, der europaweit ausgeschrieben wird. Konkret heißt das in erster Linie: Wie viele Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser sind erwünscht, wie viel Geschosswohnungsbau soll ermöglicht werden?

„Man sollte da eine Durchmischung anstreben“, sagt Doll. Zusätzlich werde man den sozialen Wohnungsbau berücksichtigen müssen. Der Auslobungstext für den Wett-



Oder so? Geschosswohnungen!

bewerb könnte den Bausenat im Herbst passieren, mit einem Wettbewerbsergebnis rechnet Doll im Frühjahr 2019.

Grüne und SPD geben immer wieder zu bedenken, dass im Hinblick auf Flächenfraß und zukunftsfähige Wohnkonzepte auf Geschosswohnungsbau gesetzt werden sollte.

Tatsächlich weisen Stadtplaner immer wieder darauf hin, dass reine Einfamilienhaus-Siedlungen häufig zu übermäßigem Flächenverbrauch führten und künftiger Bedarf an barrierefreiem Wohnraum und neuen Wohnformen (etwa für Senioren) allzu oft nicht berücksichtigt würden. Im Plenum wurde mit den Stimmen von Oberbürgermeister Alexander Putz (FDP), CSU, J/L/BfL

und Freien Wählern allerdings beschlossen, die Flächen der Ochsenau im Rahmen eines (von CSU und J/L vorgeschlagenen) „Einheimischenmodells“ zu vermarkten. Die Gegner des Modells befürchten, dass dadurch hauptsächlich Einfamilienhäuser entstehen werden.

Seitens der Verwaltung gibt man diesbezüglich keine Prognosen ab.

„Ich kann noch nicht sagen, wie sich dieses Modell in der Praxis ausgestalten wird“, sagt Doll. J/L-Stadträtin Karina Haberer hatte das „Einheimischenmodell“ vor einem Jahr ins Gespräch gebracht und dabei auch von einem Kriterienkatalog gesprochen, anhand dessen man sich dann bei der Baulandvergabe orientieren könne.

„Mit der konkreten Ausgestaltung dieses Katalogs werden sich die entsprechenden Senate befassen“, sagt Stadtrat und CSU-Kreischaef Dr. Thomas Haslinger. „Für uns wird es aber vor allem darum gehen, dass es nicht nur um die Dauer der Ortsansässigkeit geht, sondern auch darum, dass Familien zum Zug kommen, die unter einer bestimmten Einkommensobergrenze liegen. Außerdem soll ehrenamtliches Engagement bei der Bewertung gewürdigt werden.“

„Einheimischenmodell“ nur für ein Fünftel der Fläche

Für das „Einheimischenmodell“ gibt es in Bayern bereits Vorbilder. So werden etwa beim „Landsberger Modell“ Bauprojekte von Bauträgern von der Stadt im Rahmen des „Einheimischenmodells“ gefördert. Dass dies auch schief gehen kann, zeigte im Jahr 2014 das Beispiel Grafing, wo die Bebauung der Grundstücke selbst mit einem „Einheimischenmodell“-Abschlag von 20 Prozent zu teuer wurde.

Nur ein Grafinger konnte sich eine Doppelhaushälfte in der „Wolfschlucht“ leisten. Die restlichen knapp 40 Grafinger, die Interesse signalisiert hatten, zogen laut damaligen Presseberichten ihre Bewerbung angesichts der Preise zurück. Welche Dimensionen das „Einheimischenmodell“ in Landshut annehmen wird, ist nicht absehbar.

Fest steht jedoch: Nach derzeitiger Beschlusslage ist sie nur auf ein Fünftel der zu bebauenden Fläche in der Ochsenau anzuwenden. Und das aus folgen-

dem Grund: Bei der zu veräußernden Fläche in der Ochsenau handelt es sich laut Johannes Doll um 20 Hektar Bruttobauland – inklusive der fürs Grüne Zentrum vorgesehenen Fläche. Brutto deshalb, weil, so Doll, „wesentliche Flächen als Erschließungs- oder Pufferflächen zum Naturschutzgebiet hin abgezogen werden müssen“.

Vom Nettobauland gehörten 40 Prozent der Stadt (die Hälfte davon entfällt wiederum aufs Grüne Zentrum), 60 Prozent befinden sich im Besitz der Heilig-Geist-Spital-Stiftung. Wie diese ihre Flächen vermarktet, ist ihre Sache. Der Stadtrat kann höchstens eine Empfehlung abgeben, über die dann die Regierung als Stiftungsaufsicht zu entscheiden hat. Auf das Geld, das für deren Flächen erlöst wird, hat die Stadt, laut Kämmerer und Stiftungsreferent Rupert Aigner, keinen Zugriff.

Besagtes Gebiet war vor vielen Jahren übrigens im Komplettbesitz der Stadt. Da die Heilig-Geist-Spital-Stiftung damals das Vergnügen eines stattlichen Finanzüberschusses hatte, wurde auf einen Verkauf städtischer Flächenanteile an die Stiftung hingewirkt.

Illegale Abfall-Sammler bei Eching unterwegs

Flugzettel rufen zur Müllabgabe auf. Das Landratsamt rät nicht darauf zu reagieren und bei der Behörde nachzufragen

Das Landratsamt warnt vor illegalen Müllsammlern: Erneut sind Flugzettel an Haushalte im Landkreis Landshut verteilt worden, mit denen eine „ungarische Familie“ eine Müllsammlung ankündigt. Gesammelt werden soll laut Flugblatt „alles, was nicht mehr gebraucht wird“.

Diesmal ist offenbar der Bereich der Gemeinde Eching betroffen. Das Landratsamt Landshut weist darauf hin, dass sich dabei um eine ungenehmigte und somit illegale

Sammlung von Abfällen handelt.

Die Behörde appelliert daher an die Bürger, auf solche Aufrufe nicht zu reagieren und diesen Sammlern nichts zu überlassen, da solche Aktionen zu keiner vorschriftsmäßigen und umweltgerechten Abfallentsorgung führten.

Unter anderem wird per Flugzettel dazu aufgefordert, der besagten „ungarischen Familie“ Alttextilien, Altmetall, Autoreifen, Computer und Rasenmäher zu überlassen.

Wenn, wie im aktuellen Fall, aus Osteuropa kommende Sammler ein umfangreiches Sortiment an gebrauchten Geräten und Waren nachfragen, handelt es sich laut Landratsamt regelmäßig um eine ungenehmigte und unrechtmäßige Sammlung von Abfällen.

Aber auch in anderen Fällen

ist Vorsicht geboten: Sofern von einem Sammler per Wurfzettel darum gebeten wird, nur einzelne Abfall-Fractionen (wie Altkleider und Schuhe) bereitzustellen, sollte – bevor dem Aufruf gefolgt wird – beim Landratsamt Landshut (☎0871/408-3118) grundsätzlich nachgefragt werden, ob es sich hierbei um eine genehmigte und damit legale Sammelaktion handelt.

Die Mitarbeiter des Sachgebiets Abfallwirtschaft des Landratsamts weisen darauf hin, dass gebrauchte Elektrogeräte, die weggeworfen werden sollen, nach den einschlägigen Vorschriften des Abfallrechts „gefährliche Abfälle“ sind – einerlei, ob sie noch funktionstüchtig sind oder kaputt. Für die Entsorgung solcher Abfälle ist eine „besondere Sorgfalt“ vorgeschrieben. **red/ls**

LODENFREY OUTLET

Großer Frühjahr/Sommer-
TRACHTEN-SONDERVERKAUF

nur noch bis 9. Juni 2018

50% Rabatt auf jedes Teil!

(vom Original-Verkaufspreis, Abzug erfolgt an der Kasse)

Öffnungszeiten: Montag bis Samstag 10 - 19 Uhr

Triebstraße 36-38, München, Telefon 089/14 90 08-28 /oder -10